

Schimank, Uwe

Working Paper

Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie: Ein immer labilerer Mechanismus?

MPIfG Working Paper, No. 11/2

Provided in Cooperation with:

Max Planck Institute for the Study of Societies (MPIfG), Cologne

Suggested Citation: Schimank, Uwe (2011) : Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie: Ein immer labilerer Mechanismus?, MPIfG Working Paper, No. 11/2, Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/45037>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



MPIfG Working Paper 11/2

Uwe Schimank

**Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus
von Kapitalismus und Demokratie**
Ein immer labilerer Mechanismus?

MPIfG Working Paper

anck Institute
for the Study of Societies

Uwe Schimank

**Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie:
Ein immer labilerer Mechanismus?**

MPIfG Working Paper 11/2

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln
Max Planck Institute for the Study of Societies, Cologne
February 2011

MPIfG Working Paper
ISSN 1864-4341 (Print)
ISSN 1864-4333 (Internet)

© 2011 by the author(s)

Uwe Schimank is Professor of Sociology at the University of Bremen.
uwe.schimank@uni-bremen.de

MPIfG Working Papers present ideas that could guide future scholarly research. They may also draw out the implications of available knowledge for a better understanding of public-policy issues. MPIfG Working Papers are refereed scholarly papers.

Downloads

www.mpifg.de

Go to *Publications / Working Papers*

Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
Max Planck Institute for the Study of Societies
Paulstr. 3 | 50676 Cologne | Germany

Tel. +49 221 2767-0

Fax +49 221 2767-555

www.mpifg.de

info@mpifg.de

Abstract

The fundamental mechanism that shapes the social order of welfare societies is the functional antagonism between the capitalist economy, on the one hand, and democratic politics on the other. This mechanism, with its mixed blessings, has been an unchanging feature of western welfare societies for around hundred years.

However, for decades now we have grown increasingly uneasy observing that this constant can no longer be relied upon. In cybernetic terms, welfare societies might be in danger of losing their ultrastability and therefore their ability to counter disbalances and return to a state of stable order.

How could this happen and what does it mean? Instead of giving definitive responses to such questions, I suggest a research program that may better assess the present situation in western welfare societies and, more importantly, possible future developments. Such research would be guided heuristically by the assumption that welfare societies today are being unsettled by a multitude of destabilizing factors to which actors can often only respond with coping strategies rather than with activities guided by clearly defined goals. Far from reducing instabilities, the interaction of the various actors' coping strategies tends to perpetuate or even intensify these pressures.

Zusammenfassung

Der gesamtgesellschaftliche Prägekraft besitzende grundlegende Ordnungsmechanismus der Wohlfahrtsgesellschaft ist der funktionale Antagonismus von kapitalistischer Wirtschaft auf der einen, demokratischer Politik auf der anderen Seite. Dieser Mechanismus mit seinem gesamtgesellschaftlich gemischten Segen stellte für etwa hundert Jahre die Konstante westlicher Wohlfahrtsgesellschaften dar.

Seit einigen Jahrzehnten müssen wir allerdings zunehmend beunruhigt zur Kenntnis nehmen, dass auf diese Konstante kein Verlass mehr sein könnte. Kybernetisch gesprochen: Wohlfahrtsgesellschaften könnten ihre Ultrastabilität einbüßen, also ihre Fähigkeit, auch starke Dysbalancen wieder auszugleichen und zu einem stabilen Ordnungszustand zurückzukehren.

Warum könnte es so sein, und was würde es bedeuten? Anstelle gesicherter Auskünfte auf diese Fragen wird eine Forschungsperspektive skizziert, die zu besseren Einschätzungen der Gegenwart und vor allem Zukunft der westlichen Wohlfahrtsgesellschaften führen könnte. Ihre heuristische Leitidee lautet: Heutige Wohlfahrtsgesellschaften werden von multiplen Instabilitäten irritiert, auf die die Akteure oft nur noch mit Coping anstelle von zielorientiertem Gestaltungshandeln reagieren können; und das Wechselspiel solcher Coping-Praktiken verschiedener Akteure führt wiederum eher zu einer Perpetuierung oder gar Intensivierung als zu einer Dämpfung der Instabilitäten.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Der funktionale Antagonismus: Das Grundmuster	6
3	Die aktuelle Ausprägung: Multipler Druck und Mehrebenen-Coping-Konstellationen	15
	Literatur	25

1 Einleitung

Manche soziologischen Gesellschaftsbeobachter – nicht allein Ulrich Beck – meinen, dass sich in den letzten Jahrzehnten in den Ländern des entwickelten Westens so grundlegende Veränderungen vollzogen hätten und weiter vollzögen, dass ein ganz neues soziologisches Vokabular erfunden werden müsse, um diese Phänomene angemessen auf den Begriff bringen zu können. Einmal unterstellt, was freilich auch erst noch zu belegen wäre, dass alle hier gemeinten Wandlungstendenzen – von der Ökologie bis zur Demografie, von der Wirtschaft bis zur Politik – wirklich so radikal wie behauptet sind: Das eingeführte und ja beständig weiterentwickelte Instrumentarium soziologischer Konzepte und Modelle reicht meines Erachtens bis zum Beweis des Gegenteils – der nicht schon durch die bloße Erfindung und Setzung klingvoller neuer Begriffe erbracht ist – völlig aus, um den neuartigen Phänomenen auf den Grund gehen zu können. Wir brauchen keinen neuen soziologischen Wortschatz. Was wir allerdings in der Tat benötigen, sind neue Beschreibungen und vor allem Erklärungen dessen, was derzeit gesellschaftlich vor sich geht.

Elemente einer solchen Beschreibungs- und Erklärungsperspektive will ich im Weiteren skizzieren. Sie nimmt ihren Ausgangspunkt bei inzwischen verbreiteten Verunsicherungen, bis hin zur Hilflosigkeit, angesichts sich scheinbar unaufhaltsam auftürmender gesellschaftlicher Probleme, um nicht zu sagen Krisen. Diese Verunsicherungen sind – so meine Interpretation – ein Ausdruck davon, dass der formgebende Ordnungsmechanismus der westlichen Moderne, die ich hier als Wohlfahrtsgesellschaft bezeichne, aus dem Ruder zu laufen droht. Dies ist nicht das erste Mal, seitdem sich diese inhärent spannungsgeladene Gesellschaftsform in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hat. Bislang ist allerdings nicht abzusehen, wann – und ob überhaupt – eine Rückkehr in ruhigeres Fahrwasser erfolgen könnte. Noch auf längere Sicht ist offenbar mit unruhiger See zu rechnen – manche Beobachter malen gar den Teufel an die Wand und befürchten, dass wir uns vielleicht auf Dauer mit stürmischen Zeiten abfinden müssen.

Um keine falschen Erwartungen zu wecken: Ich werde die Frage, die der Titel meines Vortrags stellt, nicht beantworten. Niemand kann sie heute seriös beantworten. Ich will vielmehr zwei Schritte tun, die zumindest in die Richtung einer – noch weit entfernten – Antwort führen. Im ersten Schritt werde ich den eine durchschlagende gesamtgesellschaftliche Prägekraft besitzenden Ordnungsmechanismus der Wohlfahrtsgesellschaft als funktionalen Antagonismus von kapitalistischer Wirtschaft auf der einen, demokratischer Politik auf der anderen Seite herausarbeiten. Dieser Mechanismus mit seinem gesamtgesellschaftlich gemischten Segen stellte für etwa hundert Jahre die grundlegende Konstante westlicher Wohlfahrtsgesellschaften dar. Fast alle Strukturdynamiken, die es in diesen Gesellschaften gab, waren so gesehen Variationen über ein Thema. Lediglich

Dies ist eine etwas erweiterte Fassung eines Vortrags, den ich am 9. Dezember 2010 am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung gehalten habe. Ich bin für die Diskussionsbeiträge sehr dankbar, die mir geholfen haben, manche Punkte noch etwas klarer zu fassen.

die Re-Etablierung autoritärer politischer Regime – am extremsten die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und des italienischen Faschismus – gaben den einen der beiden Pole des Antagonismus auf, was aber nirgends sehr lange währte.¹ Seit einigen Jahrzehnten müssen wir allerdings zunehmend beunruhigt zur Kenntnis nehmen, dass über die Eventualität solcher extremen Variationen hinaus womöglich auf die ihnen unterliegende Konstante selbst kein Verlass mehr sein könnte. Kybernetisch gesprochen: Wohlfahrtsgesellschaften könnten ihre „Ultrastabilität“ (Ashby [1956]1974) einbüßen – also ihre Fähigkeit, auch starke Dysbalancen wieder auszugleichen und zu einem stabilen Ordnungszustand zurückzukehren. Warum das so sein könnte, und was es bedeutete: Anstelle gesicherter Auskünfte auf diese Fragen werde ich im zweiten Schritt eine Forschungsperspektive skizzieren, die zu verfolgen aussichtsreich sein könnte, um nach und nach besser einschätzen zu können, wie es um Gegenwart und vor allem Zukunft der westlichen Wohlfahrtsgesellschaften steht.

Von vornherein sei betont, dass ich hier, um die vorgeschlagene theoretische Perspektive möglichst prägnant zu präsentieren, an vielen Stellen monokausal vereinfache, wo eine genauere Betrachtung weitere Erklärungsfaktoren hinzufügen müsste. Auf eine gründliche Sichtung bereits vorhandener empirischer Befunde muss ich ebenfalls verzichten. Damit ist es ein Leichtes, das im Weiteren Präsentierte in Bausch und Bogen einer destruktiven Kritik zu unterziehen. Ich kann niemanden daran hindern, sich die Sache so einfach zu machen, wenn etwa hier zur Diskussion gestellte Überlegungen mit lieb gewonnenen Sichtweisen kollidieren. Aber ich vertraue auf konstruktives Mitdenken, das viele Argumentationslücken, die mir nur teilweise bewusst sind, selbst wohlwollend zu schließen versucht – was selbstverständlich ebenfalls letztendlich zu dem Schluss führen könnte, die Perspektive nach eingehender Prüfung angesichts zu gravierender kritischer Punkte zu verwerfen.

2 Der funktionale Antagonismus: Das Grundmuster

Das Grundmuster des funktionalen Antagonismus von kapitalistischer Wirtschaft auf der einen, politischer Demokratie auf der anderen Seite lässt sich in drei Schritten skizzenhaft entfalten: von der kapitalistischen Wirtschaft über die kapitalistische Gesellschaft zur Wohlfahrtsgesellschaft.

Der erste Schritt wendet sich zunächst der *kapitalistischen Wirtschaft* zu. Deren konstitutive Kennzeichen sind bekannt (Kraemer 2001: 113/114; Willke 2006: 7–19; Berger 2008): erstens die Verselbstständigung einer als Gewinnstreben angelegten Tauschwert-

1 Ostdeutschland sowie mittel- und osteuropäische Länder wie Polen oder die Tschechoslowakei wurden nach 1945 durch die äußere Gewalt der Sowjetunion davon abgehalten, wieder demokratische Verhältnisse einzuführen.

orientierung als Leitwert wirtschaftlichen Handelns gegenüber einer Orientierung an der Produktion von Gebrauchswerten; zweitens die Verfolgung des Gewinnstrebens auf nicht zentral und dirigistisch, sondern durch Konkurrenz von Warenanbietern und -nachfragern koordinierten Märkten; und drittens die Überführung aller Produktionsfaktoren – Natur, Kapital und Arbeit² – in Waren, die gemäß dieser Tauschwertlogik behandelt und ebenfalls auf Märkten gehandelt werden. Nun sind dies genau diejenigen Merkmale, die – aus der Perspektive einer Theorie gesellschaftlicher Differenzierung betrachtet, die ich als allgemeine Gesellschaftstheorie der Moderne zugrunde lege (Schimank 2005a) – strukturell die gesellschaftliche Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems tragen. In der Tauschwertorientierung, der Warenförmigkeit der Produktionsfaktoren sowie dem Konkurrenzmechanismus als interner Governance manifestiert sich die „legitime Indifferenz“ (Tyrell 1978: 183/184) des Wirtschaftsgeschehens gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Belangen – anders gesagt: die teilsystemische Autonomie der Wirtschaft.

Ein leistungsfähigeres Wirtschaftssystem hat noch niemand gesehen: „Market society has produced more income, wealth, goods, and services than any other form of human social organization“ (Fligstein 2001: 3). Dass hier großzügig von „society“ gesprochen wird, wo „economy“ korrekt wäre, spricht Bände. Der Preis für diese „ungeheure Warensammlung“ (Marx [1859] 1969: 15) ist allerdings hoch. Die kapitalistische Wirtschaft beruht auf Akteuren, die als Unternehmer und Unternehmen zuallererst durch einen unbelehrbaren „unruly opportunism“ (Streeck 2009: 240, Hervorhebung entfernt) charakterisiert sind; und diese Wirtschaftsgesinnung bringt beständige Innovationen hervor, die eine chronische Krisenanfälligkeit des Wirtschaftsgeschehens mit sich bringen.³ Als Innovation ist hier nicht nur und nicht einmal vorrangig die Leistungsverbesserung von Produkten und Produktionsverfahren durch die „schöpferische Zerstörung“, wie sie Joseph Schumpeter dem Unternehmer zuspricht, einzustufen, wenngleich diese Art von Innovation ebenfalls eine unerlässliche Triebfeder kapitalistischer Wirtschaftsdynamik ist. Robert Merton (1938) rubriziert auch die Verletzung institutionalisierter Normen zum Zweck der Konformität mit allgemein anerkannten Werten – etwa der Gewinnsteigerung in der Wirtschaft – als Innovation. Entsprechend gehören zu den Innovationen, die ein kreativer und rigoros eigeninteressierter Umgang mit den Regelungsstrukturen der Wirtschaft zeitigt, eben auch – wo immer es opportun erscheint – Handlungsweisen wie Kartell- und Monopolbildung, Ausnutzung von Marktmacht, hemmungslose Spekulation, Insidergeschäfte, Bestechung usw. Wo es der Gewinnsteigerung dient und entweder in Gestalt nicht strafbarer Umgehungstatbestände oder sogar als Rechtsverletzung, deren Nutzen die Kosten dieses Tuns übersteigt,⁴ praktiziert werden kann, gibt

2 Häufig wird mittlerweile Wissen als vierter Produktionsfaktor genannt – spätestens in Diagnosen der „Wissensgesellschaft“ (Stehr 1994). Dabei handelt es sich jedoch, genauer besehen, um einen Teilaspekt des Faktors Arbeit.

3 Siehe noch ausführlicher Streeck (2010a).

4 Weil entweder die Strafen zu gering sind oder bei hohen Strafen die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass Devianz wirksam kontrolliert und geahndet wird. Siehe ganz analog den „unruly opportunism“ heutiger Spitzensportler in Sachen Doping (Bette/Schimank 1995).

es kein Halten. Die Tugenden des „ehrbaren Kaufmanns“ kann sich kein Unternehmen durchgängig und auf Dauer leisten – denn auf dem Markt braucht nur ein Konkurrent aufzutreten, der weniger skrupulös ist oder dem zum Beispiel gerade eine die Konsumenten begeisternde Produktinnovation gelungen ist, und schnell kann man weg vom Fenster sein. Bereits die bloße Möglichkeit, dass ein solcher Konkurrent von außen kommen könnte, man sich also auf einem „contestable market“ (Baumol 1982) befindet, lässt es geraten erscheinen, wo immer man kann, selbst das Heft in die Hand zu nehmen und innovativ zu bleiben (Streck 2009: 243).

Die Inthronisierung eines verabsolutierten Gewinnmotivs läuft somit auf einen Dauerantrieb zur Subversion gegebener wirtschaftlicher Ordnung durch Erfindungsreichtum und Devianz hinaus. Zugleich besitzt der Markt als Governance-Mechanismus ohnehin nur eine relativ schwache ordnungsbildende Kraft (Schimank 2009a: 338–343), bietet also dem „unruly opportunism“ wenig Einhalt. Handlungsabstimmungen auf Märkten ergeben selbst dann, wenn die rechtlichen Regelungen allseits eingehalten werden, niemals mehr als eine temporäre und labile kognitive Erwartungssicherheit, eben keine dauerhafte normativ gefestigte Erwartungssicherheit; und kognitiv muss man auch jederzeit darauf gefasst sein, dass die Konkurrenten strategisch auftreten, also Geheimwissen bewahren und Täuschungen inszenieren. Alle Akteure müssen daher ständig lernbereit sein. Jeder von ihnen muss seinen Gegenübern fortwährende Aufmerksamkeit widmen, um deren Absichten, Möglichkeiten und Zwänge zu erkunden und Änderungen möglichst antizipieren, mindestens aber nachvollziehen zu können; und er muss seine eigenen Entscheidungen jederzeit flexibel anpassen können. Wenn aber jeder gegenüber jedem lernbereit ist, fehlt jegliche Verlässlichkeit bietende Konstante, wie es in Hierarchien durch gesetzte Regeln und Befugnisse, in Gemeinschaften durch eingelebte Orientierungen und Routinen und in Netzwerken durch allseits bekannte Veto-Positionen gibt. Soziale Ordnung stellt sich demgegenüber auf Märkten nur noch als permanentes Schritthalten wechselseitiger Anpassung her; und zwangsläufig wird es dabei immer wieder turbulent. Da der Marktmechanismus das Wirtschaftssystem flächendeckend durchzieht, bleiben lokal entstehende Turbulenzen zudem oft nicht begrenzt, sondern schaukeln sich schnell über einfache Mechanismen der „deviation amplification“ (Maruyama 1963) hoch – ob nun als „rational herding“ auf Finanzmärkten (Devenow/Welch 1996; Windolf 2008), als De- oder Inflationsspiralen (Baumgartner/Burns 1980) oder als Pfadabhängigkeiten der Technikentwicklung, der Managementmoden oder der Konsumtrends (Deutschmann 2007).

Dass sich das Gewinnmotiv derart, durch den Markt kaum gebremst, sondern vielmehr angestachelt, ausleben kann, setzt freilich eine entsprechend immer weiter wachsende Nachfrage nach den produzierten Waren voraus. Diese ist allerdings, entgegen früher prominenten Behauptungen über zwangsläufig eintretende „Unterkonsumtionskrisen“ kapitalistischer Wirtschaft, gesichert. Denn ganz abgesehen von der ungeheuren Nachfrage nach elementaren Gebrauchsgütern in großen Teilen der Welt, die allerdings erst noch kaufkräftig werden muss, bergen selbst die scheinbar gesättigten oder gar übersättigten Konsumenten im wohlhabenden Westen noch ein unerschöpfliches Nachfragepo-

tenzial in sich, das mit einer zwar nicht ebenso unerschöpflichen, aber doch sehr beachtlichen Kaufkraft ausgestattet ist. Darauf macht Jens Beckert (2010a) aufmerksam: „Wir fragen in immer stärkerem Maß Güter nach, bei denen uns nicht der direkte Nutzwert interessiert, sondern ihre symbolische Bedeutung: Sie erlauben uns, einen Statusunterschied hervorzuheben oder uns ein gutes Gefühl zu geben [...]“⁵ Der positionale und vor allem der imaginative Wert von Gütern oder Dienstleistungen kennt kaum eine Sättigungsgrenze, insbesondere weil die meisten Konsumenten ja nicht nach Art von Karl Marx’ ([1867]1972: 144–148) „Schatzbildner“ – alias Dagobert Duck – ihr Geld an sich schätzen, sondern die damit kaufbaren Lebenschancen, zu denen dann eben auch die noch bessere Stereoanlage gehört, obwohl man die objektiv messbare Verbesserung des Sounds subjektiv überhaupt nicht mehr hört. Immer weiter voranschreitendem Wirtschaftswachstum steht so, was die Nachfrageseite anbelangt, nichts im Wege.

Damit gilt mit Blick auf die Geschichte der kapitalistischen Wirtschaft: „Zwar war und blieb der Kapitalismus schwankungs- und krisenanfällig; doch drehte sich die Entwicklungsspirale keineswegs nach unten. Vielmehr nahm die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sukzessive zu [...]“ (Plumpe 2010: 118). Eine solche Hintergrundüberzeugung ließ wohl selbst in einer tiefen Wirtschaftskrise wie derjenigen, die spätestens im Herbst 2008 nicht länger übersehbar ausbrach und den Kapitalismus entsprechend in Verruf brachte, im April 2009 zwei Drittel aller Befragten in Deutschland auf die Frage: „Sollten wir wegen der Krise unser Wirtschaftssystem grundlegend ändern?“ mit „Nein!“ antworten (DIE ZEIT vom 14.5.2009). Ich komme allerdings nun im zweiten Schritt auf die negativen Externalitäten, also die gesamtgesellschaftlichen Kosten außerhalb der Wirtschaft zu sprechen, die nicht bloß hier und da akzidentiell anfallen, sondern strukturell mit einer kapitalistischen Wirtschaftsweise verbunden sind. Diesen Kosten liegt ein gesamtgesellschaftlicher Primat des Wirtschaftssystems in der funktional differenzierten Moderne zugrunde, weshalb man überhaupt von *kapitalistischer Gesellschaft* sprechen kann (Schimank 2009a).

Dieser Primat konstituiert sich relational: aus der herausgehobenen Position, die die Wirtschaft im Gefüge der allseitigen gesellschaftlichen Leistungsinterdependenzen hat. Die Wirtschaft und nur sie versorgt die gesamte moderne Gesellschaft mit Geld; und diese Ressource der Leistungsproduktion nicht nur der Wirtschaft, sondern aller anderen Teilsysteme ist nicht bloß ein symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium neben anderen wie Macht oder Liebe oder Wahrheit. Geld ist vielmehr – wie insbesondere Georg Simmel (1900) in vielen Beobachtungen herausstellt – dasjenige symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium, das sachlich und sozial viel universeller einsetzbar ist als andere. So ist legitime Macht an Territorien, inhaltlich umschriebene Befugnisse und befugte Positionen gebunden. Wahrheit können nur Experten handhaben, und jede Wahrheit ist – wie eine Ware durch ihren Gebrauchswert – inhaltlich spezifiziert und daher nur in dem passenden Kontext zu gebrauchen. Bei Liebe wiederum sind die Einsatzmöglichkeiten zwar sachlich vielfältig, aber in sozialer Hinsicht extrem

5 Ausführlicher hierzu siehe Beckert (2010a).

reduziert. Wer geliebt wird, kann vom Liebenden fast alles verlangen – aber nur von ihm. Geld hingegen ist global; es vermag fast alles zu kaufen, und vor allem ohne zeitlich heute vorausbestimmen zu müssen, was morgen gekauft wird; es kann von jedem gegenüber jedem gehandhabt werden; und es ist am eindeutigsten quantifiziert.

Dieser unvergleichliche Generalisierungsgrad des Geldes bewirkt, dass die Unternehmen, einfach indem sie mehr oder weniger Geld verdienen, als sich aufsummierenden externen Effekt einen nachhaltig spürbaren schwächeren oder stärkeren Ökonomisierungsdruck auf alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme sowie auf die individuellen Gesellschaftsmitglieder ausüben. Zugespitzt formuliert: Überall sonst in der Gesellschaft muss alles unterlassen werden, was das Geldverdienen und das daraus sich ergebende Wirtschaftswachstum gefährden könnte, weil sonst die staatlichen Steuereinnahmen, aus denen größere Sektoren vieler gesellschaftlicher Teilsysteme finanziert werden, und die Lohneinkommen der Arbeitnehmer sinken und ein entsprechend intensivierter Kostendruck auf den Budgets von Krankenhäusern, Schulen, Forschungseinrichtungen oder Sozialämtern sowie den Haushaltskassen von Familien und Individuen lastet. Umgekehrt muss den Unternehmen, je schlechter es ihnen geht, überall, wo sie es wollen, die Gelegenheit zum Geldverdienen gewährt werden, damit es als „Kollateralnutzen“ auch den Leistungsanbietern anderer Teilsysteme und den individuellen Gesellschaftsmitgliedern wieder besser geht. Zum Kostendruck gesellt sich also auch noch ein Kommodifizierungsdruck hinzu, etwa als Privatisierung zuvor staatlich getragener Infrastruktureinrichtungen wie Bahn oder Post oder als Zulassung kommerzieller Rundfunksender.

Weil also Arbeitsorganisationen innerhalb, aber auch außerhalb der Wirtschaft Arbeitnehmer mit Geld entlohnen, das letzten Endes nur in der Wirtschaft verdient werden kann, fühlen sämtliche Akteure der Moderne – Individuen wie Organisationen wie Staaten (Meyer/Jepperson 2000) – überall in der Gesellschaft beständig den Puls des wirtschaftlichen Geschehens und wissen, dass „weniger Geld“ (Luhmann 1983: 39), je weniger es wird, alle sonstigen gesellschaftlichen Belange und dabei insbesondere die Leitwerte der anderen Teilsysteme wie Wahrheit, Bildung, Gesundheit, Kunst usw. immer mehr relativiert und Sparimperativen unterordnet, die eher früher als später auf Autonomiegefährdungen der Teilsysteme hinauslaufen (Schimank 2010). Von Angebotsreduktionen bis zu Angebotsverformungen, etwa Qualitätseinbußen, reicht die Skala der Ausdrucksweisen dieser Einbußen an autonomer, dem jeweiligen teilsystemischen Leitwert folgender Gestaltung der eigenen Leistungsproduktion, wie man *pars pro toto* etwa am Gesundheitssystem plastisch studieren kann.

Bis zu diesem Punkt stellt sich die kapitalistische Gesellschaft als eine in sich extrem spannungsreiche Gesellschaftsform dar. Die funktionale Differenzierung der Moderne hat – und dies war selbstverständlich ein völlig transintentionales Neben-, In- und Durcheinander von Akteurkonstellationen und Strukturdynamiken (Schimank 2005a: 165–183) – neben den anderen Teilsystemen mit der Wirtschaft ein Teilsystem hervorgebracht, das unter Funktionalitätsgesichtspunkten zwar einerseits eine enorme Leistungsfähigkeit aufweist, auf die niemand ernsthaft verzichten will, dessen Dynamik aber an-

dererseits aus sich heraus immer wieder sowohl zu eigener Krisenhaftigkeit als auch zu einer Subordination aller anderen Teilsysteme und damit zu zwei gravierenden Dysfunktionalitäten drängt. Zu Ende gedacht läuft diese Gegenrechnung auf nicht weniger als eine Beseitigung funktionaler Differenzierung hinaus. Im dritten Schritt ist daher nun – als Erklärung eines bislang empirisch unbestreitbaren Faktums – zu zeigen, wie es die kapitalistische Gesellschaft sozusagen mit sich selber aushält: als *Wohlfahrtsgesellschaft*.⁶

Die dahinter stehende grundlegende Einsicht ist überhaupt nicht neu. Nach wie vor am klarsten formulierte sie Eduard Heimann (1929: 190) zu seiner Zeit als Funktionsbestimmung der Sozialpolitik:

Sie verwirklicht Stück um Stück die soziale Idee innerhalb des Kapitalismus und sichert dadurch seinen geordneten Fortgang. Oder umgekehrt: sie erfüllt innerhalb des kapitalistischen Systems eine produktionspolitische Notwendigkeit, die aber immer in einem Teilabbau des Systems, in einem Einbau fremder Ideen besteht. Denn immer ist der Kapitalismus in Gefahr, seine Arbeitsgrundlage zu verlieren [...]

Das kann man dann sowohl so sehen, dass mit sozialpolitischen Mitteln ein „Selbstschutz der Gesellschaft“ (Polanyi 1944: 182) gegen ihr zerstörungskräftiges Wirtschaftssystem etabliert wird, als auch umgekehrt als „saving capitalism from itself“ (Kluntz 2005), also als Schutz der Wirtschaft selbst gegen ihre eigene Zerstörungskraft. Nochmals Heimann (1929: 167/168): „Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips“ in den Kapitalismus, hat eine „Doppelstellung [...] als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System“, worin eine wahre „dialektische Paradoxie“ liege.

Damit bin ich bereits beim funktionalen Antagonismus. Dabei handelt es sich um ein Bauprinzip gesellschaftlicher Strukturen, das gar nicht so selten und in den unterschiedlichsten Bereichen vorkommt und folgenden Mechanismus trägt:⁷

- Zwei Strukturen existieren, die beide die Weltsicht einer Gruppe von Akteuren prägen und als Ideen völlig gegensätzliche Interessen erzeugen.⁸
- Beide Gruppen von Akteuren stehen in einem engen und dauerhaften Interdependenzverhältnis und verfechten als „watchdogs for values“ (Lindblom 1965: 156) ihre antagonistischen Interessen.

6 Worauf ich hier nicht weiter eingehen kann, ist die äußerst wichtige Frage, ob es dazu überhaupt ein längerfristig stabilisierbares funktionales Äquivalent gibt, oder ob sämtliche kapitalistischen Gesellschaften auf Dauer Wohlfahrtsgesellschaften werden müssen. Ich präsentiere zumindest kein Argument, das in Richtung einer Alternative dazu wiese.

7 Siehe Schimank (1994), wo eine Überlagerung mehrerer funktionaler Antagonismen im deutschen Forschungssystem aufgezeigt wird.

8 Eine genauere Konzeptualisierung müsste hier den an Max Weber geschulten Dreischritt von Ideen über Institutionen zu Interessen vollziehen – siehe Lepsius ([1986]2009).

- Soweit nicht eine der beiden Gruppen eindeutig dominiert, die andere also völlig einflusslos ist, begrenzen sie im handelnden Zusammenwirken einander wechselseitig in ihrer Interessenverfolgung.
- Das empfinden beide als höchst störend, was aber in einem höheren Sinne für die gesellschaftliche Ordnung funktional sein kann, wenn die so strukturell verankerten und von den Akteuren exekutierten „checks and balances“ wichtige Funktionserfordernisse abbilden, während ein ungezügelt Ausleben jeder der beiden Interessenlagen gesellschaftlich – und damit letztlich auch für beide Akteurgruppen – höchst dysfunktional wäre.

Schritt für Schritt expandierend vollzog sich die Etablierung des Gegenprinzips zum kapitalistischen Gewinnstreben:

- Sozialpolitik, zunächst noch hauptsächlich reaktiv individuelle Risiken (Gesundheit, Beschäftigung, Alter) für die Ware Arbeitskraft abfedernd,
- dann der Wohlfahrtsstaat, der nach 1945 immer stärker mit einem auch proaktiven Interventionsstaat verkoppelt wurde, dessen Tätigkeit, etwa als für möglich gehaltene Konjunktursteuerung oder die industriellen Bedarfe antizipierende Wissenschafts- und Technologiepolitik, komplementär auf die Schaffung und Erhaltung der Voraussetzungen weiterer wirtschaftlicher Dynamik ausgerichtet ist,
- darauf aufbauend schließlich das Versprechen sich immer weiter verbessernder Lebenschancen aller in Gestalt dauerhaften Wohlstandes, individueller sozialer Aufstiegsmöglichkeiten und gesicherter Inklusion in die Versorgung insbesondere mit Bildungs- und Gesundheitsleistungen.

Nach der Einrichtung basaler sozialer Sicherungen führte das umfassende Wohlstands- und Wohlfahrtsversprechen der „affluent society“ (Galbraith 1958) zu einer *Wohlfahrtsgesellschaft* in dem ganz handfesten Sinne, dass jeder davon ausging, dass es ihm besser gehen würde als seinen Eltern, und seinen Kindern wiederum besser als ihm selbst.⁹ Die Einhaltung dieses Versprechens gegenüber allen Gesellschaftsmitgliedern war die Geschäftsgrundlage für gesellschaftliche Sozialintegration und politische Massenloyalität als Output-Legitimität staatlichen Handelns.

Doch wer hat intentional oder transintentional diejenigen Belange verfochten, die sich letztlich in der Wohlfahrtsgesellschaft manifestiert haben? Welche Gegenkraft hat das Gegenprinzip zum kapitalistischen Gewinnstreben verfochten?¹⁰ Man darf diesbezüg-

9 In der bisherigen Forschung wird „welfare society“ zumeist, mit dem Akzent auf zivilgesellschaftlichen Strukturen, als Gegenmodell zu einem etatistisch begriffenen „welfare state“ verstanden – siehe als Überblick Lin (2004).

10 Die folgende – hier nur äußerst knappe – Erklärungsskizze kombiniert mehrere der immer noch unfruchtbar gegeneinander ausgespielten Erklärungsansätze für die Genese und weitere Dyna-

lich ja nicht dem funktionalistischen Fehlschluss verfallen, dass sozialpolitische Maßnahmen und ihre wohlfahrtsgesellschaftlichen Weiterungen deshalb aufkamen, weil sie für das Überleben des Kapitalismus unvermeidlich geworden waren. Selbst wenn man – kontrafaktisch – beweisen könnte, dass die Unternehmer, wären sie nicht daran gehindert worden, „ihren eignen Totengräber“ (Marx/Engels [1848]1975: 57) in Gestalt des gegen sie aufbegehrenden Proletariats produziert hätten, besagt das nichts darüber, dass es nicht genauso hätte kommen können.

Auch wenn somit objektiv gegebene funktionale Erfordernisse sich gleichsam nicht selbst bedienen können, gibt es freilich oftmals einen „Funktionalismus als Akteurswissen“ (Vobruba 1992) – und in dem Maße, in dem dieser erstens richtig lag und zweitens durchsetzungsfähig war, fand eine intentionale Installierung der Gegenkraft zu den Belangen kapitalistischen Gewinnstrebens statt. Tatsächlich verdankt sich die Herausbildung der Wohlfahrtsgesellschaft einer Kombinatorik von Faktoren, in der auch entsprechendes Wissen darüber, dass und wie der Kapitalismus vor sich selbst gerettet werden muss, nicht wegzudenken ist. Es existierte ja in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sowohl aufseiten gesellschaftlicher Eliten – mit dem Reichskanzler Otto von Bismarck als prominentester Personifikation in Deutschland – als auch in denjenigen Teilen der Arbeiterbewegung, die den Kapitalismus nicht per Revolution beseitigen wollten und auch nicht von seiner naturnotwendigen Selbstzerstörung ausgingen, sondern dessen Reform zu einer Gesellschaft anstrebten, in der Sicherheit und ein zumindest bescheidener Wohlstand für alle garantiert war.

Dass diese Einsicht in die Notwendigkeit, „sozialen Frieden“ schaffen und die Arbeiterschaft gesellschaftlich einbinden zu müssen, allerdings dann Durchschlagskraft entfalten konnte, war das Ergebnis einer unausgesprochenen Koalition desjenigen Teils der politischen Eliten, der von der Notwendigkeit einer sozialpolitischen Korrektur der gesellschaftlichen Externalitäten kapitalistischen Wirtschaftens überzeugt war, mit der eher kurzfristig und selbstbezogen denkenden reformistischen Mehrheit der Arbeiterbewegung – gegen die kurzfristig und selbstbezogen denkenden Unternehmer und deren politische Interessenvertreter einerseits, die langfristig und am utopischen Kollektivwohl der Arbeiterschaft interessierte revolutionäre Fraktion der Arbeiterbewegung andererseits. Solange noch keine politische Inklusion der Arbeiterschaft in den Staat als obersten gesellschaftsgestaltenden Akteur erfolgt war, musste die reformbereite politische Elite mit dem Druck der Straße argumentieren, wobei sie bekanntlich auf massive und eskalierende unzweideutige Evidenz verweisen konnte. Sobald Demokratie erkämpft worden war, also allgemeines und gleiches Wahlrecht herrschte, bestimmten wechselnde parlamentarische Mehrheiten im Schatten der Steuerschätzungen und des Ausmaßes der Staatsverschuldung den weiteren Ausbau, Erhalt oder Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen.

mik des Wohlfahrtsstaats. Siehe als knappe Überblicke nur Ullrich (2005: 28–40) und Leibfried/Mau (2008) sowie, damit verwandt, die bei Streeck (2010a: 17–23) diskutierten „four models of capitalist variety“.

Ich kann hier nicht auf erhebliche nationale Varianzen der Wohlfahrtsgesellschaft, etwa im Vergleich Deutschlands mit den USA, eingehen, die sich insbesondere aus unterschiedlichen Ausprägungen des Staatsverständnisses und, damit zusammenhängend, unterschiedlichen Einstellungen der Mittelschichten zum Wohlfahrtsstaat ergeben.¹¹ Überall in den Ländern des entwickelten Westens gilt jedenfalls: Der funktionale Antagonismus von kapitalistischer Gesellschaft und Wohlfahrtsgesellschaft als „ongoing contest between mutually incompatible social tendencies, or social needs“ (Streck 2009: 250) manifestiert sich im staatlichen Handeln als funktionaler Antagonismus von Steuerstaat und demokratischem Staat, wobei Ersterer zuvorderst durch das Finanzministerium, Letzterer durch die anderen Ressorts repräsentiert wird (Schimank 2009a).

Dabei wirkt der Steuerstaat keineswegs als unverrückbare Beschränkung dessen, was an geforderten wohlfahrtsstaatlichen Leistungen umgesetzt werden kann. Wenn parteipolitisches Kalkül oder die Staatsräson nahelegen oder verlangen, dass Massenloyalität durch Sozialleistungen erhalten oder ausgebaut wird, setzt man sich oft auch gegen den Haushaltsvorbehalt des Finanzministers über leere Staatskassen hinweg – ganz zu schweigen von keynesianischer Konjunktursteuerung, die massive Verschuldung in Kauf nimmt, freilich hoffend, auf diese Weise bald wieder steigende Steuern einnehmen und die Schulden abbauen zu können. Es handelt sich also um „soft budget constraints“ (Kornai 1992), wie man gerade in den letzten zwei Jahren drastisch vorgeführt bekam – ohne dass irgendjemand jemals im Vorhinein sagen kann, wo die harte Grenze liegt. Letztlich manifestiert sie sich in derselben Ausdrucksform wie die Vernachlässigung des wohlfahrtsgesellschaftlichen Minimums: als Aufkündigung politischer Massenloyalität, was sich zu einem gesellschaftsweiten Verlust an Sozialintegration auswachsen kann. Staatliche Politik bewegt sich in solchen kritischen Zeiten in einem Entscheidungsraum, der ihr fast nur noch die Wahl zwischen Pest und Cholera lässt: Erhöht sie die Staatsverschuldung weiter, um die nicht wirtschaftlichen gesellschaftlichen Funktionserfordernisse zu bedienen, drohen Hyperinflation, „tax revolt“ der Mittelschichten, Abwanderung des Kapitals ins Ausland und Ähnliches – wählt die Politik hingegen einen mit den Erfordernissen kapitalistischen Profitstrebens kompatiblen strikten Sparkurs mit entsprechendem Ökonomisierungsdruck auf die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme und die ärmeren Bevölkerungsgruppen, handelt sie sich deren Proteste sowie den Widerstand der Leistungsorganisationen und Leistungsrollenträger der ökonomisierten Teilsysteme ein, wozu längerfristig auch noch auf die Wirtschaft zurückschlagende Dysfunktionen wie zum Beispiel ein Mangel an gut ausgebildeten Arbeitnehmern oder an transferrelevanten wissenschaftlichen Erkenntnissen kommen.

So weit meine äußerst knappe, nur mit sehr groben Strichen gezeichnete und daher an vielen Stellen weiter auszuarbeitende Skizze des Bauplans westlicher Wohlfahrtsgesell-

11 Weitere, in einigen Ländern und zu bestimmten Zeiten wichtige Determinanten der Ausprägung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen waren die Nutzung dieser Leistungen für die Schaffung oder Stärkung einer nationalen politischen Identität – besonders auch in Kriegszeiten – sowie für die Versorgung von Kriegsheimkehrern und -opfern.

schaften. Deutlich werden sollte, dass diese Gesellschaftsform durch ein spannungsreiches Gegeneinander von Handlungsprinzipien – wirtschaftliches Gewinnstreben auf der einen, alle nicht wirtschaftlichen Belange auf der anderen Seite – und diese Prinzipien verfechtender Akteure zusammengehalten wird. Nur so ist das Leistungsniveau kapitalistischen Wirtschaftens, das trotz aller eigener Krisenhaftigkeit und dadurch immer wieder ausgelöster gesamtgesellschaftlicher Probleme alle bekannten Alternativen übertrifft und das im Ernst niemand missen will, zu haben. Schon dieses Grundmuster lässt erahnen, dass eine so konstituierte Gesellschaft immer wieder bis zur Zerreißprobe mit sich hadern wird: „While the reality of capitalism is always mixed, the mix is far from stable and indeed always explosive“ (Streeck 2010b: 31). Dennoch wäre es falsch, im Antagonismus von kapitalistischer Wirtschaft und demokratischer Politik den Selbstzerstörungsmechanismus der funktional differenzierten kapitalistischen Gesellschaft zu sehen. Der Antagonismus ist eben bei aller Explosivität ein funktionaler. Wenn kapitalistische Wirtschaft sozusagen gesetzt ist, stellt er den dann offenbar einzig möglichen gesellschaftlichen Integrationsmechanismus dar.¹²

3 Die aktuelle Ausprägung: Multipler Druck und Mehrebenen-Coping-Konstellationen

Ich wende mich nun der aktuellen, als problematisch einzustufenden Ausprägung des funktionalen Antagonismus zu. Unbestritten ist, dass er nach 1945 und bis Mitte der 1970er-Jahre eine Ko-Evolution von Wirtschaftswachstum und Ausbau des Wohlfahrtsstaats, von Unternehmensgewinnen auf der einen Seite, Wohlstands- und Wohlfahrtssteigerungen breiter Bevölkerungsgruppen auf der anderen Seite hervorgebracht hat: eine Win-win-Perspektive derart, dass ein stabiles Gleichgewicht der Konstellation relevanter Akteure eine Steigerungsdynamik allseitiger Vorteile in Gang hielt. Begleitmusik dieser als „Fordismus“ (Aglietta 2000) beschriebenen Ausprägung des funktionalen Antagonismus war der „kurze Traum immerwährender Prosperität“ (Lutz 1984), der die in diesem Zeitraum aufgewachsenen Generationen nachhaltig prägte. Noch einmal: Es herrschte die Wohlfahrtsgesellschaften tragende fraglose Gewissheit, dass alles immer besser werden würde, Generation für Generation. Anfang der 1990er-Jahre porträtierte dann freilich Douglas Coupland (1991 – Zitat: 255) die „Generation X“; im Anhang dieses Romans findet sich unter dem Stichwort „Zahlen“ folgende Information: „Prozentsatz der 18- bis 29-jährigen in den USA, die der Ansicht sind, dass, so, wie die Dinge liegen, es für Leute meiner Generation viel schwieriger sein wird, ebenso angenehm zu

12 Diese gesellschaftstheoretische Konzeptualisierung steht erkennbar in einer Traditionslinie, die von Heimann (1929) und Karl Polanyi (1944) über – noch nicht genannt – Alan Wolfe (1977) bis zu Streeck (2009) führt. Ein genaueres Abgleich, was meine Überlegungen von wem aufgreifen und wo ich anders argumentiere, muss hier unterbleiben. Klar ist jedenfalls: Im Unterschied zu den genannten Autoren bewege ich mich in einem differenzierungstheoretischen Bezugsrahmen (Schimank 2009).

leben wie vorausgegangene Generationen‘: 65 – Nicht dieser Ansicht: 33“. Genau diese grundlegende Veränderung des Lebensgefühls schildert der Roman. Eine aktuelle Allensbach-Umfrage belegt nun auch für Deutschland „die Skepsis einer Gesellschaft, die fürchtet, ihren Zenit erreicht oder überschritten zu haben“. Der Befund ist eindeutig:

Wenn die deutsche Bevölkerung befragt wird, welche Phase die besten Zeiten der Republik markiert, so nennen die meisten die sechziger und siebziger Jahre, teilweise noch die achtziger Jahre. Lediglich eine verschwindende Minderheit von 4 Prozent der Bevölkerung ist überzeugt, dass es Deutschland im Vergleich der letzten Jahrzehnte heute am besten geht. (Köcher 2010)

Vor dem Hintergrund kontinuierlichen Wirtschaftswachstums und flächendeckend steigender Einkommen verstand sich die Wohlfahrtsgesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahre nicht nur in Deutschland als – nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs nahezu bei null gestartete – Zugewinn-Gemeinschaft, die nur vergleichsweise schwache Konflikte über die Verteilung des Mehr eines sich stetig vergrößernden Kuchens auszutragen hatte. Erst der Wiederaufbau, dann der sich ausdehnende Massenkonsum, und parallel dazu die weltweiten Exportchancen trugen das Wirtschaftswachstum, das den Arbeitnehmern erkleckliche Wohlstandssteigerungen brachte und dem Steuerstaat Finanzmittel für den großzügigen Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen verfügbar machte, sodass sogar Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene – die 1960 etwa ein Viertel der westdeutschen Bevölkerung ausmachten – ohne größere Verzögerungen und Frustrationen in den „Fahrstuhl“ nach oben einsteigen konnten.¹³

Wodurch zerfiel diese Win-win-Situation seit Anfang der 1970er-Jahre? Hierzu kann ich nur ganz kurz folgende Stichworte benennen:¹⁴

- Wohlfahrtsgesellschaft: Der Wohlfahrtsstaat brachte als wechselseitigen Überbietungswettkampf der großen politischen Parteien eine „Anspruchsinflation“ (Luhmann 1981) hervor; etwas später begannen die Anforderungen an wohlfahrtsstaatliche Leistungen zudem aufgrund der Alterung der Bevölkerung zu steigen. Zu einer quantitativen Steigerung der Leistungsnachfrage kamen qualitative Erweiterungen und Diversifizierungen der Leistungen hinzu. Denn der durch die Bildungsexpansion im „Fordismus“ selbst hervorgebrachte Individualisierungsschub trug dazu bei, traditionelle Muster der Lebensführung aufzubrechen, was etwa neue Kinderbetreuungsangebote erforderlich machte; und eine zumindest vorübergehende weit verbreitete Sättigung individueller Lebensstandards ließ Fragen nach „Lebensqualität“ und postmaterialistische Wertorientierungen aufkommen, die auch nach der Rückkehr der Sorge um den Lebensstandard nicht wieder vom Tisch waren.

13 Zur deutschen Nachkriegsgeschichte siehe nur als breiten Überblick Wehler (2008).

14 Als Auswahl verschiedener theoretischer und politischer Interpretationen mit unterschiedlichen analytischen Schwerpunkten siehe Luhmann (1981), Bourdieu et al. (1997), Bourdieu (1998), Kaufmann (1997), Aglietta (2000), Windolf (2005), Butterwegge et al. (2007), Streeck (2009) und Münch (2009).

- Kapitalistische Wirtschaft: Es fand eine Globalisierung des wirtschaftlichen Geschehens statt, zunächst in der industriellen Produktion vorangetrieben durch Exportchancen und Standortverlagerungen zur Reduktion von Lohnkosten, sodann noch weitgehend auf dem Finanzmarkt, als erst einmal die festen Wechselkurse der Währungen aufgegeben wurden. Diese aus der wirtschaftlichen Dynamik heraus angetriebenen und politisch immer stärker unterstützten Entwicklungen wurden durch verkehrs- und informationstechnische Innovationen ermöglicht. Im Zuge dessen gewannen Finanzmarktgeschäfte ein immer größeres gesamtwirtschaftliches Gewicht, weil dort mithilfe immer neuer Anlagemöglichkeiten höhere Renditeversprechen als in der „Realökonomie“ im Raum standen und mittlerweile angespartes Vermögen auch breiterer Bevölkerungsschichten mehr Rendite als auf dem Sparbuch suchte. Beide Entwicklungen ergaben einen tief greifenden wirtschaftlichen Strukturwandel in den westlichen Ländern, der sich in ganz neuen Exit-Optionen zum einen der Unternehmen, zum anderen der Investoren manifestierte.¹⁵ Sowohl eine vollzogene als auch eine vorerst nur angedrohte Abwanderung von Arbeitsplätzen und Investitionen wirkte und verschob das Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit entscheidend – mit entsprechendem Wirbel auf den Arbeitsmärkten, was den Wohlfahrtsstaat zusätzlich zu den bereits angeführten Entwicklungen teuer zu stehen kam und zugleich seine Steuereinnahmen sinken ließ.

Es handelt sich, wie eine genauere Analyse zeigen könnte, um ein Knäuel überwiegend „hausgemachter“ Erosionstendenzen. Die im „fordistischen“ Gleichgewicht des funktionalen Antagonismus angelegten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Steigerungsdynamiken schleuderten sich an einem gewissen Punkt schließlich selbst aus dem Gleichgewicht heraus in „postfordistische“ Turbulenzen, die durch einige hinzutretende koinzidenzielle Faktoren wie vor allem die Alterung der Bevölkerung – und in Deutschland: die Kosten der Wiedervereinigung – noch verstärkt wurden. Entscheidend ist jedenfalls: Die Akteure, die den einen der beiden Pole des funktionalen Antagonismus repräsentieren, sind zu stark geworden, sodass sie und ihre Interessen nicht mehr von den Akteuren des anderen Pols in Schach gehalten werden können.

Für den Staat als obersten gesellschaftlichen Gestaltungsakteur, der den gesamtgesellschaftlichen funktionalen Antagonismus in sich als funktionalen Antagonismus von Steuerstaatlichkeit und Demokratie erfährt, liefen diese Entwicklungen auf eine Zwickmühle hinaus. Einerseits wurden seine Steuereinnahmen prekärer, und zugleich lagen seine Ausgaben notorisch höher, sodass sich eine expansive Staatsverschuldung einstellte, die politische Gestaltungsspielräume zunehmend einengte (Streeck/Mertens 2010). Andererseits wurde auch die Massenloyalität immer prekärer, wie sich unter anderem an der Zunahme von Wechselwählern und Wahlenthaltungen sowie an einer Steigerung politischer Protestaktivitäten zeigte (Schäfer 2009). Dahinter stand die Unzufriedenheit größerer Bevölkerungsgruppen mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen wie mit der

15 Zu generell besseren Exit-Chancen von Kapital- gegenüber Arbeitskraftbesitzern siehe Offe/Wiesenthal (1980).

durch Wirtschaftspolitik kaum zum Besseren gestaltbaren Wirtschaftslage, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.¹⁶ Zugespitzt formuliert lautet die Quintessenz dessen für eine auf Sozialintegration ausgerichtete politische Gesellschaftsgestaltung: Die Zeiten der „Massenbestechung“¹⁷ durch Wohlfahrtsleistungen sind vorbei.

Es könnte natürlich so kommen, dass die Bevölkerungsgruppe der dauerhaft gesellschaftlich „Überflüssigen“ (Bude/Willisch 2006) politisch völlig apathisch wird, also fatalistisch auf jegliche „voice“ verzichtet (Schäfer 2011, im Erscheinen) und gar nicht mehr mit wohlfahrtsstaatlichen Leistungen ruhiggestellt werden muss. Aber darauf ein politisches Kalkül zu setzen wäre hochgradig riskant und steht daher bislang auch nicht unausgesprochen mehrheitsfähig im Raum. Denn zum einen heißt politische Apathie bekanntlich noch nicht, dass sich soziale Gruppen nicht anderweitig als höchst virulente Störenfriede gesellschaftlicher Ordnung betätigen können – von Diebstahl und Raub über Drogenhandel bis zur körperlichen Gewalt. Polizeiliche Aufrüstung kann ziemlich teuer werden – was erst recht für die Schaffung von „gated communities“ für die sich in ihrer Sicherheit bedrohtühlende Bevölkerungsmehrheit, und nicht bloß wie bislang für eine kleine Gruppe Privilegierter, oder umgekehrt von Großgefängnissen für die Mehrzahl der „Überflüssigen“ als funktionale Äquivalente räumlicher Separierung gilt. Zum anderen kommt aber noch gewichtiger hinzu, dass das, was den „Überflüssigen“ widerfährt, größere Teile der Bevölkerung deshalb nicht kaltlassen wird, weil sie darin ein potenzielles eigenes Schicksal sehen. Schon heute grassieren Abstiegsängste in größeren Teilen der Mittelschicht (Lengfeld/Hirschle 2009), von der noch in Arbeit gehaltenen Unterschicht ganz zu schweigen.

Wenn somit der funktionale Antagonismus der Wohlfahrtsgesellschaft inzwischen ganz offensichtlich weit weniger gut funktioniert als im „goldenen Zeitalter“ der 1950er- und 1960er-Jahre, ist es erst recht wichtig, sich so genau wie möglich über die derzeitigen und zukünftig erwartbaren Funktionsbedingungen, Funktionsdefizite und deren Folgewirkungen kundig zu machen. Damit bin ich an dem Punkt angelangt, wo ich ein Forschungsprogramm entwerfen möchte, das sich genau diesen „härteren Zeiten“ widmet: Wie lebt es sich in heutigen Wohlfahrtsgesellschaften für alle Beteiligten – von den individuellen Empfängern von Sozialleistungen über, beispielsweise, Lehrer und Schulen als Produzenten bestimmter wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bis hin zu den Regie-

16 Armin Schäfer (2009: 177) klingt fast etwas überrascht: „Nicht obwohl, sondern weil der Sozialstaat umgebaut wird, schwindet die Akzeptanz der Politik.“ Die Erklärung dafür, dass die Reformanstrengungen nicht als der Kraftakt, der sie sind, gewürdigt werden, liegt doch auf der Hand: weil der Umbau von den Betroffenen und sich bedrohtühlenden als Abbau erfahren wird – siehe auch aktuelle Befragungsdaten bei Köcher (2010), noch etwas moderater die Befunde bei Sachweh et al. (2009).

17 So bereits die Beurteilung von Bismarcks Sozialpolitik durch H. Rosenberg – zitiert bei Wehler (1995: 910). Ernst W. Böckenförde (1967: 71) beobachtete schon unter „fordistischen“ Vorzeichen nicht ohne Sorge, dass sich der Wohlfahrtsstaat „zum Erfüllungsgaranten der eudämonistischen Lebenserwartung der Bürger macht und daraus die ihn tragende Kraft zu gewinnen sucht“.

rungen von Nationalstaaten in der globalen Standortkonkurrenz um Arbeitsplätze?¹⁸ Ich spezifiziere und illustriere im Weiteren drei Leitfragen und die ihnen zugeordneten Leitkonzepte einer auf diese Thematik zugeschnittenen theoretischen Perspektive.

In einem ersten Schritt muss es darum gehen, die *multiplen Instabilitäten*, denen sich Akteure heutiger Wohlfahrtsgesellschaften aufgrund des aus dem Ruder laufenden funktionalen Antagonismus ausgesetzt sehen, je für sich zu identifizieren und im Zusammenwirken miteinander auszubuchstabieren. Wo zeigen sich diese Instabilitäten, wie sehen sie aus? Dabei ist darauf zu achten, dass man nicht in einer voreingestellten Monokausalität sämtliche Probleme heutiger Wohlfahrtsgesellschaften auf dieses Ursachenknäuel zurückrechnen darf. Wie bereits erwähnt: Auch wenn wir heute weiterhin im „fordistischen“ Gleichgewicht lebten, hätten die Renten- und Gesundheitsversicherungen mit der demografischen Entwicklung zu kämpfen.

Man kann mindestens drei Gruppen von Phänomenen unterscheiden, in denen sich die dysfunktionale Ausrenkung des funktionalen Antagonismus manifestiert. Erstens lastet ein zunehmender Ökonomisierungsdruck auf vielen Organisationen wohlfahrtsgesellschaftlicher Leistungsproduktion, der quantitative und qualitative Leistungsreduktionen unumgänglich werden lässt – mit allen bekannten und unbekanntem Konsequenzen, wobei Letztere in einer, wie gleich angesprochen werden wird, immer zerklüfteteren institutionellen Architektur um so häufiger auftreten (Schimank/Volkman 2008). Es mag ja beispielsweise als effizienterer Einsatz knapper Fachqualifikationen rubriziert werden, wenn insbesondere Krankenhausärzte, aber auch Pflegepersonen weniger mit den Patienten kommunizieren sollen und stattdessen – wie inzwischen in manchen Krankenhäusern praktiziert – unbezahlte ehrenamtliche Betreuer das Kommunikationsbedürfnis der Patienten bedienen; aber welche wichtigen Informationen über die Patienten und ihr Befinden das medizinische Personal immer wieder in den beiläufigen Gesprächen erhält, ganz abgesehen von den psychisch aufbauenden Effekten dieser Zuwendung gerade der Ärzte zu den Patienten, untersucht man tunlichst nicht näher.

Es gibt zweitens zunehmende Inkompatibilitäten und Friktionen in der institutionellen Architektur von Wohlfahrtsgesellschaften – zwischen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und anderen Staatstätigkeiten wie etwa der Finanzmarktregulierung, zwischen verschiedenen Sektoren der Wohlfahrtsproduktion wie etwa Familien- und Arbeitsmarktpolitik, innerhalb ein und desselben Sektors wie etwa der Gesundheitspolitik und auch hinsichtlich der internationalen Einbettung in europäische und globale Wohlfahrtspolitiken.

18 Diese großangelegte Fragestellung beschäftigt derzeit im Rahmen eines bereits gestellten Vortrags für ein Exzellenzcluster („Multiple Instabilities: Institutional Dynamics in Welfare Societies“) in der zweiten Runde der forschungspolitischen Exzellenzinitiative von Bund und Ländern eine größere Gruppe von Sozialwissenschaftlern an den Universitäten Bremen und Oldenburg; sie wollen wiederum bei der Bearbeitung der vielfältigen Forschungsfragen mit weiteren Forschern und Forschungseinrichtungen kooperieren – unter anderem mit dem Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Wenn ich mich im Weiteren stark auf den Vortragsstütze, sei dennoch betont, dass ich hier meine persönliche Lesart der Perspektive entwickle.

Eine Wohlfahrtsgesellschaft „aus einem Guß“, also ohne innere Widersprüche, gab es zwar noch nie –¹⁹ doch heutige Wohlfahrtsgesellschaften sind von diesem Zustand weiter entfernt denn je. Dass die innere Widersprüchlichkeit steigt, ist vor allem eine Folge des gleich unter der zweiten Leitfrage anzusprechenden Tatbestands, dass die wohlfahrtsgesellschaftlichen Gestaltungsakteure und Leistungsorganisationen weniger denn je rundum abgestimmte und nachhaltige Problembearbeitung, sondern zumeist nicht mehr als Coping betreiben können, das immer wieder auf bloße Flickschusterei hinausläuft.

Drittens schließlich zeigen sich im sozialstrukturellen Gefüge trotz aller wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungsmaßnahmen, bisweilen sogar als deren transintentionale Effekte, zunehmende Ungleichheiten bei sinkenden Chancen der Aufwärtsmobilität. Insbesondere das Schulsystem – und das gilt wiederum, wie die PISA-Schulleistungstests zeigen, nochmals zugespitzt für Deutschland – schafft keine Chancengleichheit beim Erwerb von Bildungsabschlüssen, womit auch die anschließende berufliche Karriere die Herkunftsungleichheiten perpetuiert. Anstelle eines offenkundig nicht mehr einlösbaren, bisher Massenloyalität herstellenden staatlichen Angebots verbesserter „Lebenschancen“ (Dahrendorf 1979) wird allen Gesellschaftsmitgliedern eine ökonomisierte Subjektivitätsform des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) zugemutet, obwohl insbesondere beruflich wenig qualifizierte Personen, zu denen auch viele Migranten gehören, überhaupt keine realistische Chance haben, dieser Anforderung nachzuleben. Hoch qualifizierte und global nachgefragte Arbeitnehmer können und müssen dies, sollen aber gleichzeitig zum Beispiel als Doppelverdiener-Paar mit verschiedenen Arbeitsorten auch noch mehrere Kinder kriegen und mehr und mehr Zeit in deren Erziehung investieren. Die mittleren sozialen Lagen schließlich entwickeln, wie bereits erwähnt, zunehmend Abstiegsängste, die selbst, wenn sie übertrieben sein sollten, politische Turbulenzen auslösen können. Nicht nur bei den hoch qualifizierten Entscheidungsträgern, auch in den anderen Gruppen kommt es so zur Ausbreitung von Erscheinungsformen des „erschöpften Selbst“ (Ehrenberg 2004), wenn man es nicht mehr schafft, die Tretmühle „sportlich zu nehmen“.²⁰

Diese drei Gruppen von Phänomenen stehen erkennbar im Zusammenhang miteinander. Die Ökonomisierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungsproduktion leistet der Ökonomisierung individueller Lebensführung weiter Vorschub und lässt auch den Handlungsspielraum der Gestaltung der institutionellen Architektur auf Coping schrumpfen. Zu all diesen einander wechselseitig verstärkenden Instabilitäten gibt es durchaus bereits Einzelstudien; worauf es aber ankommt, ist, sie im Zusammenwirken als *multiplen Druck* auf die drei Arten von Akteuren zu analysieren, die in der Moderne eine gesellschaftliche Drei-Ebenen-Struktur bilden: die Mikro-Ebene der Individuen, Partnerschaften, Familien und Haushalte, die Meso-Ebene der Organisationen wohlfahrtsgesellschaftlicher Leistungsproduktion und die Makro-Ebene der Nationalstaaten.

19 Wie nicht zuletzt die kritische Diskussion von Gøsta Esping-Andersens (1990) drei idealtypischen „Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ gezeigt hat.

20 Ein Hinweis von Wolfgang Streeck.

Wichtig für ein angemessenes Verständnis der Instabilitäten und Druckpotenziale sind die oftmals verwickelten Wechselwirkungen zwischen den drei Akteurebenen – wenn sich zum Beispiel auf dem insbesondere von doppelverdienenden Elternpaaren nachgefragten Arbeitsmarkt für Putz- und Betreuungsdienste neben den organisierten Leistungsanbietern je nach Zuwanderungs- und Flüchtlingshilfspolitik eines Landes eine größere oder kleinere Anzahl schwarzarbeitender Migranten aus der Dritten Welt als Preisbrecher finden. Je mehr es davon gibt, desto weniger muss für die entsprechenden Dienstleistungen bezahlt werden, und entsprechend weniger müssen Nachfrager verdienen, um sich dies leisten zu können. Immer mehr Mittelschichtpaare können es sich dann erlauben, dass beide voll erwerbstätig sind, anstatt dass zumeist die Frau nur halbtags etwas dazu verdient, weil sie sonst Haushalt und Kinder nicht schafft. Wenig qualifizierte einheimische Arbeitnehmer, die von solchen einfachen Dienstleistungen leben, bekommen so allerdings eine lästige Konkurrenz, die sie noch mehr in Richtung eines nicht zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohns abrutschen lässt. Schon dieses einfache Beispiel, würde man es weiter ausführen, zeigt die mehrstufigen und oftmals transintentionalen Wirkungsketten.

Ein zweiter Analyseschritt steht dann unter der Leitfrage: Welche *Praktiken des Coping* der drei Arten von Akteuren mit diesen multiplen Druckpotenzialen, die zunehmend auf ihnen lasten, finden sich? Von Coping zu sprechen impliziert bereits, dass man von einer Art des Umgangs mit Problemen ausgeht, die zwar mehr als ein hilfloses Erleiden des Drucks darstellt, aber nicht an eine anspruchsvolle Gestaltung in dem Sinne heranreicht, dass Akteure dezidierte eigene Zielvorstellungen entwickeln und zur Geltung zu bringen versuchen (Schimank/Stucke 1994). Dazu sind sie gegen eine immer größere Widerständigkeit komplexer und unüberschaubarer Wirkungszusammenhänge und vor allem gegen einen immer größeren Widerstand anderer Akteure nicht länger in der Lage. Irgendwann ist der Punkt gekommen, an dem es sich für einen Akteur nicht mehr lohnt, sich vorab zu überlegen, was wünschenswert wäre, um sodann zu versuchen, es zu realisieren. Die Chance, auf diese Weise auch nur halbwegs erfolgreich zu sein, ist einfach viel zu gering. Der Akteur kann dann nur noch weitgehend ergebnisoffen – euphemistisch gesagt: lernbereit – abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, und schauen, ob sich ab und zu Verzweigungen des Laufs der Dinge bieten, bei denen er erstens eine einigermaßen klare Meinung darüber hat, welche der Alternativen zumindest etwas besser erscheint als die anderen, und er zweitens eine Möglichkeit sieht, darauf hinzuwirken, dass sich das Geschehen in Richtung dieser Alternative bewegt. Dann und nur dann lohnt es sich überhaupt, gestaltend in den Lauf der Dinge einzugreifen.

Als Handlungsmaximen des Coping gelten neben Abwarten, bis eine günstige Gelegenheit kommt, nur noch: „Basteln, Flickern, Probieren, Kombinieren“ (Guttandin 1996: 31).²¹

21 Friedhelm Guttandin (1996) hat am Beispiel einer südamerikanischen Provinzstadt die Grundzüge einer „Improvisationsgesellschaft“ gezeichnet, die sich – wie er selbst feststellt – auch auf viele Situationen politischer Gesellschaftsgestaltung und individueller Lebensführung in entwickelten westlichen Ländern übertragen lässt.

Erinnert das nicht irgendwie beispielsweise an die Gesundheitspolitik der letzten zwanzig Jahre? Klar ist auch: Die Akteure hängen hier kaum noch an ihren Entscheidungen. Sie kalkulieren zum einen von vornherein ein, dass fast alles, was sie tun, nicht bloß mehrfach nachjustiert, sondern gar nicht so selten nach kürzester Zeit völlig auf den Kopf gestellt werden muss. Zum anderen kultivieren sie notgedrungen Prinzipienlosigkeit: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern!“ Sie bleiben offen für – angenehme wie unangenehme – situative Überraschungen, um jeweils, wie es so schön heißt, das Beste daraus machen zu können oder zumindest noch zu versuchen, das Schlimmste zu verhindern. Um sogleich zum Allerschlimmsten zu kommen und es mit einer Analogie zum Flipperspielen zu sagen: Solange man es schafft, die Kugel im Spiel zu halten, also nichts als Zeit zu gewinnen, kann man auf koinzidenzielle Unterstützung hoffen – also darauf, dass man einfach demnächst mal etwas Glück haben wird und die Kugel, völlig unabhängig von längst aufgegebenen eigenen gezielten Schüssen, zwischen punkteträchtigen Bumpfern hin und her gestoßen wird (Schimank 1999).

Entscheidungstheoretisch betrachtet stellen alle Arten des Coping ein sehr niedriges Niveau begrenzter Rationalität dar.²² „Satisficing“ (March/Simon 1958: 138–141) oder Inkrementalismus (Lindblom 1959) erfüllen deutlich höhere Rationalitätsansprüche, obwohl sie in den ruhigeren Zeiten des „Fordismus“ als „inertia“ (Dror 1969) abgetan wurden und man eine „active society“ (Etzioni 1968) und „aktive Politik“ (Mayntz/Scharpf 1973) für erreichbar hielt, also höchst ambitionierte Gesellschaftsreformen. Davon spricht längst niemand mehr.

Eine systematische und vergleichende Inventarisierung der Coping-Praktiken auf allen drei Ebenen heutiger Wohlfahrtsgesellschaften gibt es trotz wiederum etlicher Einzelstudien nicht; ebenso weiß man nur Bruchstückhaftes darüber, unter welchen strukturellen und situativen Bedingungen welche Akteure sich zu welchen Coping-Praktiken entschließen. Wie reagieren beispielsweise Lehrer auf diejenigen schulpolitischen Maßnahmen wie Zentralabitur oder eine intensivierete Schulaufsicht, die nach dem PISA-Schock eingesetzt haben – in manchem Land eher und stärker, anderswo noch zögernd? Spielt das Ausmaß des Ökonomisierungsdrucks, insbesondere an Betreuungsrelationen ablesbar, hier eine entscheidende Rolle? Reagieren Lehrer an Problemschulen anders als an Vorzeige-Gymnasien? Und wie reagieren Schüler und gegebenenfalls deren Eltern, denen das veränderte Lehrerverhalten womöglich ebenfalls Stress bereitet?

Mit letzterer Frage bin ich bereits bei der dritten und wichtigsten, aber auch schwierigsten Leitfrage des skizzierten Forschungsprogramms: Welche *Coping-Konstellationen*, also Muster des Zusammenwirkens gleichartiger oder unterschiedlicher Coping-Praktiken verschiedener Akteure – wiederum auf allen drei Ebenen – lassen sich in heutigen Wohlfahrtsgesellschaften mit ihrem aus dem Ruder laufenden funktionalen Antagonismus auffinden? Diese Konstellationen bringen Struktureffekte hervor, die sich als

22 Siehe bei Schimank (2005b: 371–427) den Überblick über sub-inkrementalistische Entscheidungspraktiken.

Abschwächung, aber auch weitere Verstärkung der multiplen Instabilitäten und damit – eine Runde weiter – als bessere, schlechtere oder aber unveränderte Ausprägung der multiplen Druckpotenziale erweisen.

Was die Coping-Perspektive neu in den Blick rückt, ist ja nicht nur, dass Handlungspraktiken bis hin zu Gestaltungsentscheidungen je für sich immer bescheidener ausfallen: auf vorgängige Zielsetzungen verzichten und die Dinge notgedrungen so nehmen, wie sie kommen.²³ Das Bild stellt sich noch viel ernüchternder dar, wenn man das Zusammenwirken der Coping-Reaktionen verschiedener Arten von Akteuren in den Blick nimmt. Ein Beispiel: Wenn die Politik angesichts demografischer Entwicklungen den Gesellschaftsmitgliedern eine Teilprivatisierung der Verantwortung für die eigene Rente auferlegt, wirkt sich dieses Coping zuständiger staatlicher Akteure mit ihren Haushaltsproblemen als verschärfter Druck auf die Individuen aus, sich auf dem Finanzmarkt als „unternehmerisches Selbst“ zu verhalten und Renditen aus Geldanlagen zu erwirtschaften. Das vollzieht sich in Interaktion mit entsprechenden Anlageanbietern wie Banken oder Investmentfonds, die ihrerseits in einer harten Konkurrenzsituation untereinander stehen. Sowohl die individuellen Anleger auf der Mikro- als auch die institutionellen Anleger auf der Meso-Ebene zeigen inzwischen sattsam bekannte typische Coping-Praktiken, die ineinandergreifen: vor allem Herden-Verhalten, das zu „manias, panics, and crashes“ (Kindleberger/Aliber 2005) führt. Wenn derart erzeugte spekulative Blasen, wie seit 2008, eine so große weltweite Finanzmarktkrise hervorbringen, dass sich Nationalstaaten in internationalen Regimes und Gremien zum Coping genötigt sehen, nicht zuletzt um ihre Möglichkeiten für zukünftige weitere Staatsanleihen zu sichern, hat das Coping der Staaten Rückwirkungen auf das Coping der Anlageanbieter und Anleger – deren Reaktionen wiederum Reaktionen der Staaten herausfordern usw.

Während die Governance-Perspektive es bei geeigneten Ordnungsstrukturen noch für möglich hält, dass die in einer Konstellation involvierten Akteure sich so miteinander abstimmen, dass kollektive Gestaltungsintentionen konstruktiv ineinandergreifen und sich nicht bloß gegenseitig in die Quere kommen (Benz et al. 2007), haben Coping-Konstellationen wie die geschilderte Finanzmarktsituation kein übergreifendes Ordnungsmuster und sind genau deshalb teils unberechenbar erratisch, teils von einer fatalen Zwangsläufigkeit geprägt. Beides erzeugt je für sich und erst recht im Wechselspiel miteinander immer wieder tiefe Hilflosigkeit. Selbst wenn es an der Börse eine Zeit lang ganz gut läuft: Man weiß, dass es nicht nur wieder anders kommen kann, sondern anders kommen wird, und dass sich dann alle Beteiligten aufs Neue übermächtigen unheilvollen Kräften ausgesetzt fühlen.

23 Eine sozialtheoretische Randbemerkung sei an dieser Stelle gestattet. Was die pragmatistische Handlungstheorie als „nicht-teleologische Deutung der Intentionalität des Handelns“ (Joas 1992: 218–244) vorlegt, ist zwar vielleicht keine auf alle Arten von Handeln zutreffende Sichtweise, fängt jedoch zentrale Aspekte von Coping-Handeln sehr gut ein.

Die verfügbaren theoretischen Modellierungen von Aggregationsphänomenen des handelnden Zusammenwirkens sind insbesondere in der Soziologie größtenteils viel zu simple Aufsummierungs-Mechanismen, die allenfalls massenhafte Diffusions- und Mobilisierungsdynamiken nachvollziehen können (Coleman 1990). Diese dritte Leitfrage stellt also bereits unabhängig vom Gegenstandsbezug eine sehr große Herausforderung dar. Trotz mancher institutionalistischer und spieltheoretischer Modelle in der Politik- und Wirtschaftswissenschaft, die einzelne spezifische Aggregationslogiken abbilden können, ist der sozialwissenschaftliche Werkzeugkasten für diese Zwecke nach wie vor sehr schlecht bestückt (Mayntz 2002, 2005). Schon das verbietet es, allzu forsche generelle zeitdiagnostische Spekulationen darüber anzustellen, wohin die Reise der Wohlfahrtsgesellschaften zukünftig gehen könnte.

Man könnte zwar vielleicht vermuten: Wenn auf allen Akteuren lastende multiple Druckpotenziale nirgends viel mehr als sub-inkrementalistische Coping-Praktiken zulassen, könnte dies auf eine immer weniger antizipier- und gestaltbare Gesamtdynamik von Wohlfahrtsgesellschaften hinauslaufen. Dies könnte sich aus einer von niemandem auch nur halbwegs überschauten Gemengelage unterschiedlichster, jeweils relativ kurzatmiger Teildynamiken ergeben, von denen einige unregelmäßigen Schwankungen unterliegen, andere zu unerwünschten Problemeskalationen aufwachsen und wieder andere auf kaum überwindbare Reformblockaden hinauslaufen. Coping tendierte dann zu einem sich beschleunigenden, wenn nicht sich überschlagenden allseitigen „Sich-Durchlavieren“ mit entsprechend häufigerer und weitreichenderer Transintentionalität der Struktureffekte.

Eine weitere Überlegung: Immer dann, wenn Coping sich mit Anpassung begnügen muss, bringt es lediglich eine Problemverschiebung hervor. Das kann sachlich bedeuten, dass das sich als Druck bemerkbar machende Problem seinen Charakter ändert, ohne an Dringlichkeit zu verlieren. Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung werden zum Beispiel zu steigender Staatsverschuldung. In sozialer Hinsicht heißt Problemverschiebung, dass ein Problem auf andere überwältzt wird, was wiederum bei diesen zu Protestaktivitäten führen kann. Die steigende Staatsverschuldung – um das Beispiel fortzuführen – betrifft die jüngere Generation, nicht die heutigen Rentner. Um den intergenerationalen Verteilungskonflikt heute zu vermeiden, werden intragenerationale Konflikte in der Zukunft heraufbeschworen. In zeitlicher Hinsicht wird das Problem also hinausgeschoben, um sich aber früher oder später wieder einzufinden. Auch das ist am Beispiel augenfällig. Je mehr Druckpotenziale auf diese Weise lediglich verschoben werden, desto mehr türmen sie sich auf, was dann erst recht wieder nichts anderes als Problemverschiebung zulässt usw. – ein Teufelskreis, in den Akteure und Konstellationen von Akteuren leicht hineingeraten können und aus dem sie dann nur schwer herauszufinden vermögen.

Aber hier ist spätestens der Punkt erreicht, wo man vorsichtig sein muss, um nicht suggestiven Bildern und Formeln zu erliegen. Womöglich ist ja alles viel weniger bedenklich, als dramatisierende Krisenrhetoriken uns weismachen wollen. Oder es wirken doch

segensreiche „unsichtbare Hände“, denen wir vielleicht zu wenig zutrauen. So viel ist sicher: Die Wohlfahrtsgesellschaft als das ambitionierteste historische Projekt freiheitlicher gesellschaftlicher Selbstgestaltung der Moderne lohnt sowohl die theoretische und empirische Anstrengung, sie besser zu begreifen, als auch die praktische Anstrengung, sie so weit wie möglich zu erhalten. Das Begreifen fängt erfreulicherweise keineswegs völlig bei null an – und glücklicherweise sind die westlichen Wohlfahrtsgesellschaften auch nicht an einem absoluten Tiefpunkt angelangt. Doch es bleibt viel zu tun, um die Frage meines Vortragstitels irgendwann doch beantworten und daraus dann wiederum praktische Schlüsse ziehen zu können.

Literatur

- Ashby, William R., [1956]1974: *Einführung in die Kybernetik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Aglietta, Michel, 2000: *Ein neues Akkumulationsregime: Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA.
- Baumgartner, Tom/Tom R. Burns, 1980: Inflation: The Outcome of Institutionalized Social Struggle over Income Distribution. In: *Acta Sociologica* 23(4), 177–186.
- Baumol, William J., 1982: Contestable Markets: An Uprising in the Theory of Industry Structure. In: *The American Economic Review* 72(1), 1–15.
- Beckert, Jens, 2010a: Was unsere Güter wertvoll macht. In: *Handelsblatt*, 19./20. November 2010, 8–9.
- , 2010b: *The Transcending Power of Goods: Imaginative Value in the Economy*. MPIfG Discussion Paper 10/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
<www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-4.pdf>
- Benz, Arthur, et al. (Hg.), 2007: *Handbuch Governance*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger, Johannes, 2008: Kapitalismusanalyse und Kapitalismuskritik. In: Andrea Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 363–381.
- Bette, Karl-Heinrich/Uwe Schimank, 1995: *Doping im Hochleistungssport*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang, 1967: Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Ernst Wolfgang Böckenförde (Hg.), *Der säkularisierte Staat*. München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung, 43–72.
- Bourdieu, Pierre, et al., 1997: *Das Elend der Welt: Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz.
- , 1998: *Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neo-liberale Invasion*. Konstanz: Universitäts-Verlag Konstanz.
- Bröckling, Ulrich, 2007: *Das unternehmerische Selbst*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Bude, Heinz/Andreas Willisch (Hg.), 2006: *Das Problem der Exklusion: Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Butterwegge, Christoph/Bettina Lösch/Ralf Ptak, 2007: *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Coleman, James S., 1990: *Foundations of Social Theory*. Cambridge, MA: The Belknap Press of Harvard University Press.
- Coupland, Douglas, 1991: *Generation X – Geschichten für eine immer schneller werdende Kultur*. München: Goldmann.
- Dahrendorf, Ralf, 1979: *Lebenschancen: Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Deutschmann, Christoph, 2007: *Dynamische Konzepte institutioneller Einbettung*. Unveröffentlichtes Manuskript. Tübingen: Universität Tübingen.

- Devenow, Andrea/Ivo Welch, 1996: Rational Herding in Financial Economics. In: *European Economic Review* 40(3–5), 603–615.
- Dror, Yehezkel, 1969: Muddling Through – „Science“ or Inertia? In: Amitai Etzioni (Hg.), *Readings on Modern Organizations*. Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 166–171.
- Ehrenberg, Alain, 2004: *Das erschöpfte Selbst*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Esping-Andersen, Gøsta, 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Etzioni, Amitai, 1968: *The Active Society*. New York: Free Press.
- Fligstein, Neil, 2001: *The Architecture of Markets: An Economic Sociology of Twenty-First-Century Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Galbraith, John Kenneth, [1958]1979: *The Affluent Society*. Harmondsworth: Penguin.
- Guttandin, Friedhelm, 1996: *Improvisationsgesellschaft: Provinzstadtkultur in Südamerika*. Pfaffenweiler: Centaurus.
- Heimann, Eduard, [1929]1980: *Soziale Theorie des Kapitalismus – Theorie der Sozialpolitik*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Joas, Hans, 1992: *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Jullien, François, 1999: *Über die Wirksamkeit*. Berlin: Merve.
- Kaufmann, Franz-Xaver, 1997: *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kindleberger, Charles/Robert Aliber, 2005: *Manias, Panics, and Crashes: A History of Financial Crises*. Hoboken, NJ: Wiley.
- Klundt, Michael, 2005: „Saving capitalism from itself“? Entstehung und Entwicklung sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatlichkeit. In: Karl Gabriel (Hg.), *Europäische Wohlfahrtsstaatlichkeit – Soziokulturelle Grundlagen und religiöse Wurzeln*. Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 46. Münster: Aschendorff, 129–146.
- Köcher, Renate, 2010: Minenfeld Sozialpolitik. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Dezember 2010, 5.
- Kornai, Janos, 1992: *The Socialist System: The Political Economy of Communism*. Oxford: Clarendon Press.
- Kraemer, Klaus, 2001: Kapitalistische Gesellschaft. In: Georg Kneer/Armin Nassehi/Markus Schroer (Hg.), *Klassische Gesellschaftsbegriffe der Soziologie*. München: Fink, 111–138.
- Leibfried, Stephan/Steffen Mau, 2008: Introduction. Welfare States: Construction, Deconstruction, Reconstruction. In: Stephan Leibfried/Steffen Mau (Hg.), *Welfare States: Construction, Deconstruction, Reconstruction*, Vol. I: *Analytical Approaches*. Cheltenham: Elgar, xi-lxiv.
- Lengfeld, Holger/Jochen Hirschle, 2009: Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg: Eine Längsschnittanalyse 1984–2007. In: *Zeitschrift für Soziologie* 38(5), 379–399.
- Lepsius, M. Rainer, [1986]2009: *Interessen, Ideen und Institutionen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Lin, Ka, 2004: Sectors, Agents and Rationale: A Study of the Scandinavian Welfare States with Special Reference to the Welfare Society Model. In: *Acta Sociologica* 47(2), 141–157.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through. In: *Public Administration Review* 19(2), 79–88.
- , 1965: *The Intelligence of Democracy: Decision-Making Through Mutual Adjustment*. New York: Free Press.
- Luhmann, Niklas, 1981: *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog.
- , 1983: Anspruchsinflation im Krankheitssystem: Eine Stellungnahme aus gesellschaftstheoretischer Sicht. In: Philipp Herder-Dorneich/Alexander Schuller (Hg.), *Die Anspruchsspirale: Schicksal oder Systemdefekt?* Stuttgart: Kohlhammer, 28–49.
- Lutz, Burkart, 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität: Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M.: Campus.
- March, James G./Herbert A. Simon, 1958: *Organizations*. New York: Wiley.
- Maruyama, Magoroh, 1963: The Second Cybernetics: Deviation-Amplifying in Mutual Causal Processes. In: *General Systems Yearbook* 8(3), 233–241.

- Marx, Karl, [1859]1969: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke. Bd. 13*. Berlin: Dietz, 3–160.
- , [1867]1972: *Das Kapital. Bd. 1*. Frankfurt a.M.: Verlag Marxistische Blätter.
- Marx, Karl/Friedrich Engels, [1848]1975: *Manifest der Kommunistischen Partei*. Berlin: Dietz.
- Mayntz, Renate, 2002: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen. In: Renate Mayntz (Hg.), *Akteure – Mechanismen – Modelle*. Frankfurt a.M.: Campus. 7–43.
- , 2005: Soziale Mechanismen in der Analyse gesellschaftlicher Makrophänomene. In: Renate Mayntz (Hg.), *Sozialwissenschaftliches Erklären – Probleme der Theoriebildung und Methodologie*. Frankfurt a.M.: Campus, 97–121.
- Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf, 1973: Kriterien, Voraussetzungen und Einschränkungen aktiver Politik. In: Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hg.), *Planungsorganisation: Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes*. München: Piper, 115–145.
- Merton, Robert, 1938: Sozialstruktur und Anomie. In: Robert K. Merton (Hg.), *Soziologische Theorie und soziale Struktur*. Berlin: de Gruyter, 127–154.
- Meyer, John W./Ronald L. Jepperson, 2000: The „Actors“ of Modern Society: The Cultural Construction of Social Agency. In: *Sociological Theory* 18(1), 100–120.
- Münch, Richard, 2009: *Das Regime des liberalen Kapitalismus: Inklusion und Exklusion im neuen Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Offe, Claus/Helmut Wiesenthal, 1980: Two Logics of Collective Action: Theoretical Notes on Social Class and Organizational Form. In: *Political Power and Social Theory* 1, 67–115.
- Plumpe, Werner, 2010: *Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart*. München: Beck.
- Polanyi, Karl, [1944]1978: *The Great Transformation*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Sachweh, Patrick/Christoph Burkhardt/Steffen Mau, 2009: Wandel und Reform des deutschen Sozialstaats aus Sicht der Bevölkerung. In: *WSI-Mitteilungen* 11/2009, 612–618.
- Schäfer, Armin, 2009: Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie. In: *der moderne staat* 2(1), 159–183.
- , 2011: Die Nichtwähler sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. In: Evelyn Bytzek/Sigrig Rossteutscher (Hg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt a.M.: Campus, im Erscheinen.
- Schimank, Uwe, 1994: Autonomie und Steuerung wissenschaftlicher Forschung. Ein gesellschaftlich funktionaler Antagonismus. In: Hans-Ulrich Derlien et al. (Hg.), *Systemrationalität und Partialinteresse. Festschrift für Renate Mayntz*. Baden-Baden: Nomos, 409–431.
- , 1999: Flipperspielen und Lebenskunst. In: Herbert Willems/Alois Hahn (Hg.), *Identität und Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 250–272.
- , 2005a: *Differenzierung und Integration der modernen Gesellschaft – Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie 1*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- , 2005b: *Die Entscheidungsgesellschaft: Komplexität und Rationalität der Moderne*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- , 2009a: Die Moderne: Eine funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft. In: *Berliner Journal für Soziologie* 19(3), 327–351.
- , 2009b: „Vater Staat“: Ein vorhersehbares Comeback. Staatsverständnis und Staatstätigkeit in der Moderne. In: *der moderne staat* 2, 249–270.
- , 2010: Die funktional differenzierte kapitalistische Gesellschaft als Organisationsgesellschaft – eine theoretische Skizze. In: Martin Endress/Thomas Matys (Hg.), *Die Ökonomie der Organisationen – die Organisationen der Ökonomie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 33–61.
- Schimank, Uwe/Andreas Stucke (Hg.) 1994: *Coping with Trouble: How Science Reacts to Political Disturbances of Research Conditions*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Schimank, Uwe/Ute Volkmann, 2008: Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Andrea Maurer (Hg.), *Handbuch der Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 382–393.
- Simmel, Georg, [1900]1977: *Philosophie des Geldes*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Stehr, Nico, 1994: *Die Wissensgesellschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

- Streeck, Wolfgang, 2009: *Re-Forming Capitalism: Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- , 2010a: *E Pluribus Unum? Varieties and Commonalities of Capitalism*. MPIfG Discussion Paper 10/12. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-12.pdf>
- , 2010b: *Taking Capitalism Seriously: Toward an Institutionalist Approach to Contemporary Political Economy*. MPIfG Discussion Paper 10/15. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-15.pdf>
- Streeck, Wolfgang/Daniel Mertens, 2010: *Politik im Defizit: Austerität als finanzpolitisches Regime*. MPIfG Discussion Paper 10/5. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-5.pdf>
- Tyrell, Hartmann, 1978: Anfragen an die Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung. In: *Zeitschrift für Soziologie* 7(2), 175–193.
- Ullrich, Carsten G., 2005: *Soziologie des Wohlfahrtsstaats*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Vobruba, Georg, 1992: Funktionalismus als Akteurswissen. In: Heidrun Abromeit/Ulrich Juergens (Hg.), *Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns*. Berlin: sigma, 215–232.
- Wehler, Hans-Ulrich, 2008: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*. 3. Auflage. München: Beck.
- , 2008: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band: Bundesrepublik und DDR 1949–1990*. München: Beck.
- Willke, Gerhard, 2006: *Kapitalismus*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Windolf, Paul (Hg.), 2005: *Finanzmarkt-Kapitalismus: Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 45. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- , 2008: Eigentümer ohne Risiko: Die Dienstklasse des Finanzmarkt-Kapitalismus. In: *Zeitschrift für Soziologie* 37(6), 516–535.
- Wolfe, Alan, 1977: *The Limits of Legitimacy: Political Contradictions of Contemporary Capitalism*. New York: Free Press.

Recent Titles in the Publication Series of the MPIfG

MPIfG Discussion Papers

DP 10/15

W. Streeck

Taking Capitalism Seriously:
Toward an Institutional
Approach to Contemporary
Political Economy

DP 10/14

H. Callaghan, P. Lagneau-Ymonet
**The Phantom of Palais
Brongniart:** „Economic
Patriotism“ and the Paris Stock
Exchange

DP 10/13

L. Gruss, G. Piotti

Blurring the Lines: Strategic
Deception and Self-Deception
in Markets

DP 10/12

W. Streeck

**E Pluribus Unum? Varieties and
Commonalities of Capitalism**

DP 10/11

M. R. Busemeyer, M. A.

Cattaneo, S. C. Wolter

**Individual Policy Preferences
for Vocational versus Academic
Education:** Micro Level Evidence
for the Case of Switzerland

DP 10/10

S. Freye

Germany's New Top Managers?
The Corporate Elite in Flux,
1960–2005

MPIfG Working Papers

WP 11/1

J. Pennekamp

**Wohlstand ohne Wachstum:
Ein Literaturüberblick**

WP 10/8

R. Mayntz

**Die transnationale Ordnung
globalisierter Finanzmärkte:
Was lehrt uns die Krise?**

WP 10/7

J. Beckert

Are We Still Modern?

Inheritance Law and the
Broken Promise of the
Enlightenment

WP 10/6

S. Neckel

**Refeudalisierung der
Ökonomie:** Zum Struktur-
wandel kapitalistischer
Wirtschaft

WP 10/5

R. Mayntz

**Legitimacy and Compliance in
Transnational Governance**

WP 10/4

S. Kirchner

**Organizational Identities
and Institutions:** Dynamics of
the Organizational Core as a
Question of Path Dependence

WP 10/3

W. Streeck, D. Mertens

An Index of Fiscal Democracy

MPIfG Books

P. Klages

**Wirtschaftliche Interessen
und juristische Ideen:** Die
Entwicklung des Aktienrechts
in Deutschland und den USA
Campus, 2010

M. Lutter

Märkte für Träume:
Die Soziologie des Lottospiels
Campus, 2010

S. Münnich

Interessen und Ideen:
Die Entstehung der
Arbeitslosenversicherung in
Deutschland und den USA
Campus, 2010

P. Aspers

Orderly Fashion:
A Sociology of Markets
Princeton University Press, 2010

M.-L. Djelic, S. Quack (eds.)

Transnational Communities:
Shaping Global Economic
Governance
Cambridge University Press,
2010

B. Apitzsch

**Flexible Beschäftigung,
neue Abhängigkeiten:**
Projektarbeitsmärkte und
ihre Auswirkungen auf
Lebensverläufe
Campus, 2010

F. W. Scharpf

Community and Autonomy:
Institutions, Policies and
Legitimacy in Multilevel Europe
Campus, 2010

Ordering Information

MPIfG Discussion Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Working Papers

Order printed copies from the MPIfG (you will be billed) or download PDF files from the MPIfG website (free).

MPIfG Books

At bookstores; abstracts on the MPIfG website.

www.mpifg.de

Go to *Publications*.

New Titles

Consult our website for the most complete and up-to-date information about MPIfG publications and publications by MPIfG researchers. To sign up for newsletters and mailings, please go to *Service* on the MPIfG website. Upon request to info@mpifg.de, we will be happy to send you our Recent Publications brochure.

ERPA

MPIfG Discussion Papers and MPIfG Working Papers in the field of European integration research are included in the *European Research Papers Archive (ERPA)*, which offers full-text search options: <http://eiop.or.at/erpa>.

Das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung ist eine Einrichtung der Spitzenforschung in den Sozialwissenschaften. Es betreibt anwendungs offene Grundlagenforschung mit dem Ziel einer empirisch fundierten Theorie der sozialen und politischen Grundlagen moderner Wirtschaftsordnungen. Im Mittelpunkt steht die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen ökonomischem, sozialem und politischem Handeln. Mit einem vornehmlich institutionellen Ansatz wird erforscht, wie Märkte und Wirtschaftsorganisationen in historisch-institutionelle, politische und kulturelle Zusammenhänge eingebettet sind, wie sie entstehen und wie sich ihre gesellschaftlichen Kontexte verändern. Das Institut schlägt eine Brücke zwischen Theorie und Politik und leistet einen Beitrag zur politischen Diskussion über zentrale Fragen moderner Gesellschaften.

The Max Planck Institute for the Study of Societies conducts advanced basic research on the governance of modern societies. It aims to develop an empirically based theory of the social and political foundations of modern economies by investigating the interrelation between economic, social and political action. Using primarily an institutional approach, it examines how markets and business organizations are embedded in historical-institutional, political and cultural frameworks, how they develop, and how their social contexts change over time. The institute seeks to build a bridge between theory and policy and to contribute to political debate on major challenges facing modern societies.

